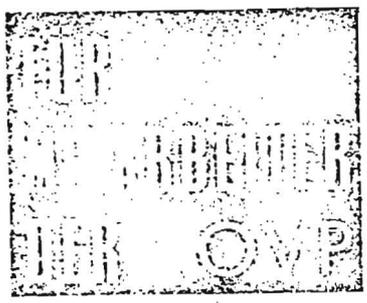


820

1962

Wahl-Sondernummer

ertrauliche
INFORMATIONEN



O K T O B E R 1 9 6 2

Wahlaufruf und
Wahlprogramm
der

Österreichischen Volkspartei

Österreicherinnen und Österreicher!

Am 18. November entscheidet die österreichische Bevölkerung über die Zukunft unseres Landes.

1945 haben wir diesen Staat aus Not und Trümmern geschaffen.

1955 haben wir die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes errungen.

Nun gilt es, das Erreichte zu bewahren und unserem Vaterland Österreich einen Platz in der Gemeinschaft der freien Völker Europas zu sichern.

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, sind groß. Sie erfordern die Mitarbeit aller Männer und Frauen dieses Landes, sie erfordern vor allem das Miterleben der Jugend, die das Österreich von morgen bauen soll.

Die sechziger Jahre stellen unser Land vor eine dreifache Bewährungsprobe:
Wir müssen in einer Welt voll Unruhe und Gefahren die Freiheit, Unabhängigkeit
und Neutralität unseres Landes bewahren;

Wir müssen durch bedingungsloses Festhalten am Rechtsstaat jedem Österreicher
die Lebensform der freien Welt sichern;

Wir müssen durch Teilnahme an den Früchten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit
Europas den Lebensstandard aller Österreicher weiter steigern.

Von der Entscheidung der Wähler am 18. November 1962 wird es abhängen, ob wir
diese Bewährungsprobe bestehen oder nicht.

Wir haben zu wählen, ob Österreich den Weg nach Europa unter der in 17 Jahren
bewährten Führung der Österreichischen Volkspartei beschreiten oder ob unser Land
einer gefährlichen Zukunft entgegensehen soll. Die Österreichische Volkspartei ist fest
entschlossen, die bevorstehende Wahlausinandersetzung fair und sachlich zu führen.
Gerade deshalb fühlt sie sich verpflichtet, den Wählern die Wahrheit zu sagen.

Die bei den Nationalratswahlen des Jahres 1959 erstarkte SPÖ hat drei Gefahren
erkennen lassen:

Es droht die Gefahr, daß Österreich
von der Neutralität in den Neutralismus,
vom Rechtsstaat in die Willkürherrschaft und
von der Schilling-Stabilität in die Teuerung
abgedrängt wird.

In den letzten drei Jahren konnte die um ein Mandat stärkere ÖVP diesen Gefahren
noch entgegenreten; eine abermalige Stärkung der SPÖ, eine Schwächung der ÖVP
durch Splittergruppen oder Stimmenthaltung würde die Gefahren offen zutage treten
lassen.

Deshalb muß am 18. November 1962 die Entscheidung
für eine klare Außenpolitik
für den Rechtsstaat und
für die Schilling-Stabilität

fallen. Nur dann wird Österreich die Bewährungsprobe im größeren Europa bestehen.

Die Österreichische Volkspartei hat — was sie versprochen — stets auch verwirklicht;
sie wird auch in Zukunft ihre Versprechen halten. Sie fühlt sich in dieser ersten
Stunde aber verpflichtet, auch zu mahnen, zu warnen und zur Einsicht zu rufen.

Ob wir die große Bewährungsprobe bestehen, ob wir auch in Zukunft frei und
sicher leben werden, hängt nur von uns, von unserem Fleiß, unserer Tüchtigkeit und
unserer Sparsamkeit ab. Soziales Verantwortungsbewußtsein muß mit wirtschaftlicher
Vernunft Hand in Hand gehen; was verteilt werden soll, muß vorher erarbeitet werden.
Wer dies nicht zugibt, belügt die Wähler.

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu den ewigen Werten des
Christentums.

Zu dem Grundsatz, daß das Recht über den Parteien stehe und einer Politik der
Redlichkeit, der Tüchtigkeit und der Sparsamkeit.

In diesem Sinne hat sie ein Programm für die Zukunft unseres Landes erstellt.

Österreicherinnen und Österreicher!

Es steht 79 : 78. Nur ein rotes Mandat mehr und die sozialistische Herrschaft beginnt.
Österreich steht am Scheideweg. Wer nachdenkt, kann nur Österreichische Volkspartei
wählen.

Damit Neutralität und innerer Frieden erhalten bleiben,
damit wir auch in Zukunft frei und sicher leben,
damit der Schilling seinen Wert behält,

wählt, am 18. November 1962,

ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI LISTE I

Die Wahlen, am 18. November, sind ein Volksentscheid über unser eigenes
Schicksal. Österreich steht an einem Scheideweg: Wir können Österreich erhalten
und Europa gewinnen, wir können aber auch beides verlieren.

Unser Wahlprogramm ist deshalb kein Programm, das nur Forderungen auf-
stellt. Es ist auch ein Programm, das Anforderungen an uns stellt. Demokratie
heißt: der Staat sind wir! Betreiben wir daher eine Politik mit Herz und Verstand.
Mit Herz, weil wir eine Gemeinschaft sind, in der wir einander achten und helfen
wollen. Mit Verstand, weil unsere Gemeinschaft den Hilfsbedürftigen nur helfen
kann, wenn es auch Leistungswillige gibt. In diesem Sinne legt die Österreichische
Volkspartei ihr Wahlprogramm vor:

AUSSENPOLITIK:

Damit wir in Freiheit unsere Neutralität bewahren

Oberstes Ziel der österreichischen Außenpolitik ist und bleibt die Sicherung der
Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Staatsvertrag und immerwährende Neu-
tralität sind die Grundlagen, auf denen wir eine Außenpolitik der Eindeutigkeit und der
Vertragstreue aufbauen müssen. Keine Außenpolitik, die uns in die Gefahr bringt, alte
Freunde zu verlieren, ohne neue zu gewinnen.

In diesem Sinne hat sich die Österreichische Volkspartei für die kommende Arbeit
folgende Aufgaben gestellt:

1. Regelung unseres Verhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter
Wahrung der österreichischen Neutralität und unter Bedachtnahme auf die wirt-
schaftlichen Erfordernisse unseres Landes.
2. Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten, aber kein
Einverständnis mit der Verletzung von Menschenrechten jenseits unserer Grenzen.
3. Eintreten für die Rechte der Südtiroler Volksgruppe mit dem Ziel der Gewährung
der im Pariser Abkommen zugesagten Autonomie.
4. Mitarbeit bei den Vereinten Nationen und jenen internationalen, politischen, sozialen,
wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen, die sich die Sicherung und Erhaltung
des Friedens in der Welt zum Ziel gesetzt haben.
5. Teilnahme an den Bemühungen, das Gefälle zwischen den hochentwickelten
Industriestaaten und Entwicklungsländern zu beseitigen; Mithilfe beim Aufbau der
Entwicklungsländer durch Vermittlung unseres Wissens und Könnens.
6. Weiterer Ausbau der Landesverteidigung und des Zivilschutzes, um dem Willen, die

österreichische Neutralität zu wahren und, wenn es not tut, zu verteidigen, sichtbaren Ausdruck zu verleihen.

- ② Die Aufstellung des Grenzschutzes und die im Gang befindliche Umgliederung des Bundesheeres sind ein erster entscheidender Schritt auf diesem Wege.

INNENPOLITIK:

Damit der Rechtsstaat erhalten bleibt

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu dem Grundsatz, daß das Recht die Grundlage des Staates ist; sie bekämpft daher jeden Verstoß gegen die rechtsstaatliche Ordnung und gegen die Demokratie. Seit 17 Jahren trägt die Österreichische Volkspartei die Hauptverantwortung in einer Regierung der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien. Sie wird sich weiterhin zu jeder Zusammenarbeit, die ehrlich gemeint ist, bekennen; sie wird aber auch weiterhin jeden Mißbrauch der Zusammenarbeit bekämpfen. Politik darf nicht schrankenlose Machtausübung sein. Sie hat der Öffentlichkeit ein Vorbild der Redlichkeit, Tüchtigkeit und Sparsamkeit zu geben.

In diesem Sinne hat sich die Österreichische Volkspartei für die kommende Arbeit folgende Aufgaben gestellt:

- ① Bedingungslos Festhalten am Rechtsstaat und am föderalistischen Aufbau Österreichs; Berücksichtigung der Rechte der Länder und Gemeinden.
- ② Stärkere Anteilnahme der Staatsbürger am politischen Geschehen durch eine lebendigere Demokratie im Wege von Volksabstimmung und Volksbegehren.
- ③ Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz; Bekämpfung des Gesinnungsterrors am Arbeitsplatz.
- ④ Sicherung einer leistungsfähigen und sparsamen Verwaltung durch Anerkennung der Bedeutung eines hochqualifizierten Berufsbeamtentums.
- ⑤ Erhaltung des sozialen Friedens; der Streik soll ein letztes Mittel für die Durchsetzung berechtigter Forderungen sein und nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden.
- ⑥ Fortsetzung der Bemühungen zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat.
- ⑦ Verfassungsrechtliche Anerkennung der Bedeutung der Familie.
- ⑧ Schaffung eines modernen, die Rechte und Pflichten der Presse berücksichtigenden Pressegesetzes.

WIRTSCHAFTSPOLITIK:

Damit unsere Wirtschaft weiter wächst

Österreich hat seit 1945 unter der Führung der Österreichischen Volkspartei einen international beachteten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Wir haben uns aus Nachkriegsnot und Trümmern wieder emporgearbeitet. Wir sind von der Hilfe des Auslandes unabhängig geworden.

Österreich steht in den kommenden Jahren vor einer neuen und gewaltigen Aufgabe: Es gilt, unsere wirtschaftliche Lebensfähigkeit im größeren europäischen Markt zu behaupten und in einem verschärften wirtschaftlichen Wettbewerb einen noch höheren Lebensstandard zu erringen. Das kann nur eine Wirtschaftspolitik, die auf dem festen Fundament einer stabilen Währung die Leistung und die persönliche Initiative, das Sparen in jeder Form und die Investitionstätigkeit fördert.

In diesem Sinne hat sich die Österreichische Volkspartei für die kommende Arbeit folgende Aufgaben gestellt:

- ① Sicherung der Kaufkraft des Schillings durch eine straffe Budgetpolitik, eine wirksame Geld- und Kreditpolitik und rechtzeitig einsetzende handels- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Verstärkte Ausbildung von Fachkräften, Förderung entwicklungsfähiger Wirtschaftszweige und Landesteile.
- ② Verwendung steigender Staatseinnahmen zur Förderung des kulturellen und wirtschaftlichen Wachstums und der sozialen Sicherheit, nicht aber zur Expansion der Staatstätigkeit.
- ③ Fortsetzung der Steuerentlastungspolitik zur Erhöhung des Leistungsanreizes und der Kapitalbildung insbesondere in den Klein- und Mittelbetrieben.
- ④ Anpassung der steuerlichen Investitionsbegünstigungen und der Exportförderungsmaßnahmen an die Erfordernisse der Integration. Bildung steuerbegünstigter Rücklagen für Investitionszwecke.
- ⑤ Erleichterung von Unternehmensgründungen, Beseitigung der Konkurrenz Nachteile für Klein- und Mittelbetriebe insbesondere durch eine wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer und Ausbau der Kreditaktionen für solche Betriebe.
- ⑥ Hebung des Ausbildungsniveaus durch Anlernung ungelernter Hilfsarbeiter und durch qualifizierte Fachausbildung von angelernten Arbeitern.
- ⑦ Verstärkte Förderung der Gewerbe- und Industrieforschung.
- ⑧ Stärkere Unterstützung des Exports durch Beratung, Werbung, Kredite für mittel- und langfristige Liefergeschäfte und Haftungsübernahmen. Förderung der stärkeren Exportstreuung und der stärkeren Einschaltung der Klein- und Mittelbetriebe in den Export.
- ⑨ Weitere Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Fremdenverkehrsbetriebe, Ausbau der Hotelfachschulen.
- ⑩ Sicherung der Steuer- Dividendenzahlungen durch die verstaatlichten Unternehmungen.
- ⑪ Weitere Zusammenarbeit der Sozialpartner auf der Grundlage der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit.

SOZIALPOLITIK:

Damit sozialer Fortschritt unsere Existenz sichert

Österreich hat seit 1945 den Kranken, Arbeitsunfähigen und Alten, den unselbständig und selbständig Erwerbstätigen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit bieten können. Diese soziale Sicherheit steht und fällt mit unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Steigende Sozialleistungen setzen ein wachsendes volkswirtschaftliches Güter- und Leistungsvolumen voraus. Deshalb muß ein Sozialstaat zugleich auch ein Staat der Chancen und der Aufstiegsmöglichkeiten sein.

Österreich hat in seiner geographischen Lage die Verpflichtung, der Herausforderung des Kommunismus die Antwort einer nach christlichen Grundsätzen geordneten Gesellschaft zu geben. Deshalb ist der Familienlastenausgleich eine sozialpolitische Großaufgabe; deshalb soll die Sozialpolitik das natürliche Bestreben des Menschen nach Unabhängigkeit und Selbstverantwortung durch Förderung der Bildung persönlichen Eigentums und durch eine möglichst breite Eigentumsstreuung unterstützen.

In diesem Sinne hat sich die Österreichische Volkspartei für die kommende Arbeit folgende Aufgaben gestellt:

- ① Anerkennung der Leistung und Förderung des Tüchtigen durch Schaffung eines modernen und übersichtlichen Arbeitsrechtes. Verankerung des Grundsatzes der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl.

- ① Förderung der Berufsbildung und des Berufsaufstieges mit dem Ziel, Vorarbeitern und Facharbeitern den Übertritt in das Angestelltenverhältnis zu ermöglichen.
- ② Gesetzliche Regelung der Frauenaufholungsarbeit.
- ③ Die 1961 begonnene Rentenreform ist mit der Erhöhung des Hilflosenzuschusses abzuschließen. Es ist ferner vorzusehen, daß den allen Mitbürgern ein gerechter Anteil am steigenden Sozialprodukt gesichert wird.
- ④ Reform der Krankenversicherung mit dem Ziel einer besseren Betreuung durch den Arzt eigener Wahl. Voraussetzung dafür ist die Honorierung der Ärzte auf Grund ihrer Leistung. Für die bäuerliche Bevölkerung und für bestimmte Sparten der gewerblichen Wirtschaft sind Maßnahmen zu treffen, die einen ausreichenden Schutz dieses Personenkreises im Krankheitsfalle gewährleisten.
- ⑤ Ausbau des Familienlastenausgleiches, Staffelung der Einkommensteuerfreibeträge nach der Familienmitgliederzahl.
- ⑥ Weitere Förderung der Bildung persönlichen Eigentums durch Ausbau des Ansparsystems und der Jugendbürgschaft, Förderung des Wohnungseigentums, des Bau-, Versicherungs- und Wertpapiersparens. Schaffung des Miteigentums an den staatlichen Unternehmungen durch Ausgabe von Volksaktien. Durch die Nutzung von Eigentumswohnungen, Eigenheimen und Grundbesitz sowie durch den Ertrag eigener Ersparnisse und Wertpapiere soll die soziale und wirtschaftliche Lage des einzelnen verbessert werden.

WOHNUNGSPOLITIK:

Damit das Wohnungsproblem endlich gelöst wird

Das österreichische Wohnungsproblem kann durch Schlagworte, leere Versprechungen oder Polemiken nicht gelöst werden. Die Neuordnung der Wohnungswirtschaft setzt eine Politik der Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit voraus; eine Politik, die nicht einer Gruppe der Bevölkerung zugute kommt, sondern der Gesamtbevölkerung nützt. So wie es in den fünfziger Jahren gegen den zähen Widerstand der SPÖ gelungen ist, Wirtschaftsaufstieg und damit Vollbeschäftigung im Lande zu sichern, wird es die Aufgabe der nächsten Zeit sein, eine gerechte Lösung der Wohnungsfrage durchzusetzen.

In diesem Sinne hat sich die Österreichische Volkspartei für die kommende Arbeit folgende Aufgaben gestellt:

- ① Stärkere Förderung des Baues von Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch erhöhte Steuerbegünstigungen und Gewährung von Bausparprämien unter besonderer Berücksichtigung der Familie.
- ② Möglichste Vereinheitlichung der Bedingungen bei den einzelnen Wohnbauförderungsmaßnahmen mit dem Ziel der Zusammenlegung zu einem einheitlichen Fonds unter weitgehender Verteilung der Kompetenzen auf die Bundesländer.
- ③ Erschließung von modernen Baumethoden, Förderung der Bauforschung, Vorsorge für eine genügend große Zahl von Bauarbeitern und geeignete Maßnahmen gegen den Bodenwucher.
- ④ Die Neubautätigkeit kann allein in den nächsten Jahren den Wohnungsbedarf nicht decken. Es muß daher der Erhaltung und Modernisierung des Althausbestandes besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- ⑤ Schaffung einer gerechten und auf das Familieneinkommen besonders abgestellten Wohnungsbeihilfe.
- ⑥ Vergebung aller Wohnungen, die ausschließlich aus öffentlichen Mitteln gebaut wurden, durch unabhängige Kommissionen und ausreichende Maßnahmen zur Verhinderung von Mißbräuchen bei den aus öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen.

AGRARPOLITIK:

Damit der Bauer Garant unserer Ernährung bleibt

An die Stelle des Hungers der ersten Nachkriegsjahre ist die nahezu vollständige Selbstversorgung Österreichs mit Nahrungsmitteln getreten. Diese Leistung der österreichischen Landwirtschaft bildet eine der Grundlagen unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit und unserer staatlichen Selbständigkeit.

Die ÖVP bekennt sich zur Sicherung von Preis und Absatz der heimischen Agrarproduktion, zur Förderung des Exports von Produktionsüberschüssen und zu einer gerechten Entlohnung der harten und risikoreichen Bauernarbeit.

In diesem Sinne hat sich die ÖVP in der Agrarpolitik folgende Aufgaben gestellt:

- ① Sicherung eines gerechten Anteils an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung und am allgemeinen Wohlstand für die Bauernschaft im Geiste des Landwirtschaftsgesetzes.
- ② Landwirtschaftliche Marktordnung und genossenschaftliche Selbsthilfe als Ausgleich für die Wettbewerbschwäche der bäuerlichen Betriebe.
- ③ Vorbereitung unserer Landwirtschaft auf die Erfordernisse des Europamarktes durch Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens und der Betriebsberatung, durch Maßnahmen zur Arbeitserleichterung und Produktionskostensenkung sowie durch Rationalisierung und Spezialisierung der Agrarproduktion.
- ④ Ausreichende Dotierung des Grünen Planes und Gewährung entsprechender Agrarinvestitionskredite.
- ⑤ Nachhaltige Förderung des Bergbauerniums.
- ⑥ Förderung von Aufforstung und Forstaufschließung.
- ⑦ Schulreform auch im Bereich des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens sowie der mittleren und höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten.
- ⑧ Volle Unterstützung der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere durch Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für den Bau von Eigenheimen und Dienstwohnungen, durch Förderung der Berufsausbildung und Erhaltung der eigenen Interessenvertretungen und sozialen Einrichtungen.
- ⑨ Sicherung der Neutralität Österreichs durch eine auf die Erfordernisse unserer Unabhängigkeit abgestimmte Erzeugungs- und Vorratspolitik.

KULTURPOLITIK:

Damit Bildung und Kultur unser Leben bereichern

Materielle Lebensvorsorge allein kann niemals eine Glücksgarantie bedeuten. Aufgabe der Kulturpolitik ist es, durch eine religiöse Lebensgrundlage, durch Erzielung und Bildung für verantwortungsbewußte und urteilsfähige Staatsbürger und für tüchtige und gutausgebildete berufstätige Menschen zu sorgen. Sie hat dem einzelnen die Entfaltung seiner Persönlichkeit zu ermöglichen und die Sinnerfüllung seines Lebens zu erschließen. Der Staat selbst kann niemals Kulturproduzent sein. Kultur ist mehr als Geisteskultur! Die Bereiche des sittlichen und politischen Lebens gehören dazu.

In diesem Sinne hat sich die Österreichische Volkspartei für die kommende Arbeit folgende Aufgaben gestellt:

- ① Konsequentes Fortschreiten auf dem Weg von der Minimalbildung zur Bildungsgesellschaft, deren Grundlage Kirche, Elternhaus, Schule und Jugendgemeinschaften vermitteln sollen.
- ② Hebung der Allgemeinbildung im Rahmen der gesetzlichen Schulpflicht, lückenlose Begabtenförderung und verstärkte Erwachsenenbildung.

Singstümer, Herausgeber und Verleger:
Bundesparteileitung der Österreichischen
Volkspartei. — Für den Inhalt verant-
wortlich: Raimund Heller, sämtliche
Wien I, Körner Straße 51. — Rotations-
druck, Druckerei und Verlag E. Mollner,
Betriebsplatz m. b. H., Wien IX, Cornu-
gasse 8--10.

P. b. b.
ERSCHEINUNGSORT WIEN

- ① Beseitigung der Schulraumnot und Sicherung des Lehrer- und Erziehungsnachwuchses.
- ② Studienförderungswerk, Hochschulstudienreform, angemessene Dotierung der Hochschulen und der wissenschaftlichen Forschung sollen die höhere Bildung fördern.
- ③ Die Freizeit soll vor allem für die Jugend, die in ein Zeitalter der Technisierung, Automatisierung und Normung hineinwächst, nicht dem leeren Vergnügungsbetrieb dienen, sondern der Begegnung mit Natur und Kultur, der gesunden körperlichen Betätigung und der inneren Bereicherung; deshalb Förderung der freien Jugendgemeinschaften, des guten Buches, des guten Filmes und des Sports.
- ④ Rundfunk und Fernsehen dürfen weder einem staatlichen Propagandamonopol noch dem seichten Vergnügungsbetrieb dienen; sie müssen in die Lage versetzt werden, eine dem Kulturstaat Österreich würdige Aufgabe zu erfüllen.
- ⑤ Der Sozialismus sieht im gesellschaftlichen Leben einen Produktionsvorgang und nicht den Menschen ein Produktionsmittel. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich dagegen zur Würde der Persönlichkeit, zu zeitlosen Werten und zu Aufgaben, die auch das Opfer des einzelnen verlangen. Dieses Bekenntnis soll dem einzelnen und der Gemeinschaft jenen inneren Halt geben, den wir in unserer Existenz am Eisernen Vorhang so notwendig brauchen.

Osterreicherinnen und Österreicher!

Unter Bundeskanzler Figl haben wir Not und Hunger beseitigt und unser Land wieder aufgebaut.

Unter Bundeskanzler Raab haben wir die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat erreicht und die Lebensfähigkeit Österreichs erwiesen.

Unter Bundeskanzler Gorbach soll dieses Österreich ein neutraler, aber die Lebensform der freien Welt verbürgender sozialer Rechtsstaat sein.

Es steht auf Grund der letzten Nationalratswahlen 1979:78. Ein einziges Mandat entscheidet darüber, wer in Zukunft den Bundeskanzler stellt. Ein einziges Mandat entscheidet aber auch darüber, ob dieses Programm verwirklicht werden kann.

Damit wir Österreich erhalten und Europa gewinnen, wählt am 18. November

ÖVP LISTE 1